

Alf Hammelrath

Vorsitzender der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Nordrhein-Westfalen

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
10. WAHLPERIODE

ZUSCHRIFT
10/268

4300 Essen 1
Nünningstraße 11
Tel. (0201) 2 18 18

19.12.1985

Sehr geehrter Herr Weiss!

Zum Ende des Jahres 1985 erlaube ich mir, Ihnen namens des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft die besten Wünsche für erholsame Weihnachtstage und ein erfolgreiches Jahr 1986 zu übermitteln.

Sie haben ein arbeitsreiches und schweres Jahr hinter sich und können schon jetzt gewiß sein, daß das Jahr 1986 mit noch größeren Anstrengungen und Problemen verbunden sein wird. Die Haushaltsberatungen haben erst angefangen und ich bin sicher, daß Sie Verständnis dafür haben, wenn ich gerade in diesem Zusammenhang an diejenigen erinnere, die zu Weihnachten bestenfalls Gelegenheit haben, über ihre verzweifelte Situation nachzudenken, nämlich die arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen.

Wer unvoreingenommen Unterrichtsausfall an Schulen einerseits und Lehrerarbeitslosigkeit andererseits betrachtet, wird auch durch den ständigen Hinweis auf die rechnerische Größe "Schüler-Lehrerstellen-Relation" nicht an der Erkenntnis vorbeikommen, daß Lehrer eingestellt werden müssen, weil sie gebraucht werden. Die Streichung von Stellen paßt nicht in die Landschaft.

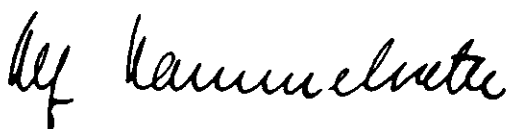
3.000 befristete Arbeitsverträge sind und bleiben rechtsbedenklich und sozial unververtretbar. Das Befristungsgebot des § 7 a Haushaltsgesetz muß deshalb aufgehoben werden, zumal ein solcher Schritt den Haushalt 1986 nicht belasten würde.

Der Versuch, die Lehrer und Hochschullehrer von der tariflich vereinbarten Arbeitszeitverkürzung auszuschließen, ist für uns ein Willkürakt und der Mißbrauch des Abhängigkeitsverhältnisses von Beamten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Arbeitszeitverkürzung durch entsprechende Vereinbarung im Lohn- und Gehaltsbereich bereits finanziert wurde und eindeutig beschäftigungswirksam sein sollte. Der von den Finanzministern gewollte Vertragsbruch verspielt die Glaubwürdigkeit des öffentlichen Arbeitgebers.

Die GEW kann sich unter keinen Umständen mit einer Politik einverstanden erklären, die die Arbeitslosigkeit von 20.000 Pädagogen billigend in Kauf nimmt. Wir sind zu Vereinbarungen bereit, die die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Dies ist aber nur sinnvoll, wenn wir auf der Gegenseite Vertragstreue und ehrlichen Umgang mit Arbeitsrecht und Zahlen voraussetzen können.

Über eine Antwort würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen



Alf Hammelrath
Landesvorsitzender